



Gemeinderatsfraktion
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN



SPD/GRÜNE-Gemeinderatsfraktion Köngen c/o Spitalgartenstr. 17/2 73257 Köngen

Haushaltsrede 2015

17.04.2015

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

der erste Haushalt mit neuem Gemeinderat und neuem Bürgermeister. Die Finanzsituation der Gemeinde hat sich zwar damit nicht grundlegend verändert, die im Vorfeld verkündeten Visionen haben aber ein merklich größeres Finanzvolumen angenommen. Mindestens für einige im Gemeinderat.

War das Gemeinwesenhaus noch vor gut 2 Jahren - auch mit einer Kompensation durch Neubauten auf dem Hartplatz und anstelle der Lindenturnhalle - für einige noch kein finanzierbares Thema, werben sie jetzt für die Zusammenlegung von Grundschule, Gemeinwesenhaus und weiterführender Schule zu einem großen Schulzentrum draußen bei der Burgschule.

Schön, dass sich mittlerweile alle Fraktionen nun auch offen zum Projekt Gemeinwesenhaus bekennen! Doch braucht es dazu eine Machbarkeitsstudie für die Vision Schulzentrum? Eine Vision, die darauf gründet, dass bei rückläufigen Schülerzahlen der Erhalt der Burgschule in Köngen gefährdet ist. Ist mit dieser längst bekannten Erkenntnis nicht viel mehr schon die Zeit zum Handeln gekommen, statt auf Machbarkeitsstudien mit unsicherem Ergebnis zu setzen!

Spätestens seit 2010 wissen wir, dass die Werkrealschule in Köngen, wegen der rückläufigen Schülerzahlen, nicht zu retten war. Deshalb hatte die SPD sich schon früh für eine grundlegende Änderung des schulischen Angebotes an der Burgschule eingesetzt. Zitat aus meiner Haushaltsrede 2012:

„Wie schon in den Haushaltsreden 2010 und 2011 wiederhole ich deshalb:

Eine Gemeinschaftschule mit dem entsprechenden pädagogischen Konzept wird allen Schülern im Ort die beste Bildungschance geben und kann den Schulstandort Köngen retten. „

Zum Glück hat dieser Gedanke in Köngen früh Fuß gefasst und ist die Gemeinschaftsschule mit längerem gemeinsamem Lernen heute bereits in Köngen erfolgreiche Realität.

Der hoffnungsvolle Grundstein für den Fortbestand der Burgschule ist damit gelegt. Keine Frage, das entbindet uns nicht von der Verantwortung uns gerade auch für die Kinder in der Mörikeschule einzusetzen und dabei die Menschen, die Familie und Beruf miteinander vereinbaren müssen, zu unterstützen.

Die an der Mörikeschule von den Eltern gut angenommene Schulkindbetreuung ist allein auf Dauer aber nicht zukunftsweisend. Die Einführung einer freiwilligen Ganztageschule mit einer intensiven schulischen Förderung der Grundschul Kinder ist deshalb der nächste wichtige Schritt, der an der Mörikeschule anzugehen ist. Denn:

Zitat: „Eine Investition in Wissen bringt immer noch die besten Zinsen.“
Benjamin Franklin

Auch der weitere Ausbau der Angebote in der Kinderbetreuung ist noch immer dringend notwendig. Wir benötigen noch mehr Ganztagesplätze in Kindergärten und müssen die Öffnungszeiten Zug um Zug an die Bedürfnisse der Familien anpassen. Alle Eltern müssen die Betreuung für Ihre Kinder in Anspruch nehmen können, die sie benötigen. Wir wollen auf keinen Fall die in der Ganztagesbetreuung bisher mögliche Anmeldung der Kinder für einzelne Wochentage aufgeben. Nur mit der Beibehaltung dieses Angebotes können wir dem tatsächlichen Bedarf der Familien entsprechen.

Dank der großzügigen Unterstützung durch die Ehmanstiftung kann die evangelische Kirchengemeinde nun bald mit der Sanierung bzw. einem Neubau des Schulbergkindergartens beginnen. Dies entlastet auch den Haushalt der bürgerlichen Gemeinde und schafft die Möglichkeit im neuen Schulbergkindergarten auch an den aktuellen Bedarf angepasste geänderte Betreuungsformen anzubieten.

Klimaschutz ist eine zentrale Aufgabe, die vor allem vor Ort in den Kommunen mit Leben zu erfüllen ist. Wir haben in der Vergangenheit in Köngen mit vielen

kleineren und umfangreicheren Maßnahmen zur Energieeinsparung an öffentlichen Gebäuden und in der Straßenbeleuchtung oder mit dem Bau von Anlagen zur Nutzung der Sonnenenergie schon einiges getan, um unseren Beitrag zu leisten.

Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach der Feuerwehr ist schon aufgrund des Eigenverbrauchs sinnvoll. Das Ergebnis des Prüfauftrages, ob die Statik diese Anlage zulässt, liegt uns noch nicht vor. Sollte es möglich sein, sind die notwendigen Mittel im Haushalt zu veranschlagen.

Wir können aber gemeinsam mit anderen sicher mehr! Auf unsere Anregung hin wurde der Klimaschutz genauso wie die Zielsetzung, Köngen zur Fair-Trade-Gemeinde zu entwickeln, als wichtige Aufgabe in die Agenda der Gemeinde für die Arbeit der nächsten Jahre aufgenommen. Es ist sehr erfreulich, dass das Projekt Fair-Trade-Gemeinde schon mit der Gründung einer Lenkungsgruppe von der Verwaltung in Angriff genommen wurden und Sie, Herr Ruppner die Initiative selbst mit großem Engagement unterstützen.

Doch zurück zum Klimaschutz. Trotz aller bereits unternommenen Anstrengungen, wir sollten diese Herausforderung 2015 systematisch angehen. Die Bundesregierung hat mit der Kommunalrichtlinie 2015/2016 ein Paket von Förderangeboten zum Klimaschutz herausgegeben. Um zu erkennen, wo wir stehen und systematisch weitere Maßnahmen zu ergreifen, ist eine externe Beratung notwendig.

Wir beantragen daher folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, sich im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative darum zu kümmern, die in den Kommunalrichtlinien 2015/2016 des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit angebotene und geförderte Einstiegsberatung kommunaler Klimaschutz noch in diesem Jahr in Anspruch zu nehmen.

Auch die Förderung des Rad- und Fußgängerverkehrs und der weitere Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sind ein Beitrag zum Klimaschutz. Mit einer verbesserten Infrastruktur wollen wir die Attraktivität des Fahrradfahrens erhöhen und so insbesondere auf den kurzen Strecken Autoverkehr vermeiden. Auch so können Feinstaub und Lärm innerhalb unseres Ortes vermindert werden.

Dass nicht nur die notwendigen Gelder für Schutzstreifen in der Kirchheimer Straße, sondern aufgrund unserer Anregung mit 7.500 EUR wenigstens ein kleiner Betrag aus der Straßenunterhaltung im Verwaltungshaushalt für Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs eingesetzt werden sollen, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Zusätzlich beantragen wir im Vermögenshaushalt - Unterabschnitt 6300 – Gemeindestraßen - als erste Rate zur Förderung des Radverkehrs 20.000 EUR für die Erstellung von neuen Radabstellanlagen bei der Burgschule, der Bücherei, der Eintrachthalle und beim Rathaus zu veranschlagen.

Dass die Überlegungen zum Bürgerbus in der Verwaltung bereits weiterbearbeitet werden begrüßen wir ausdrücklich. Ein Bürgerbus kann nicht nur die Mobilität gerade auch älterer Menschen steigern. Er kann mit der richtigen Linienführung auch ein Baustein zur Förderung und Erhaltung der Ortsmitte als Einkaufs- und Dienstleistungszentrum sein.

Solide Finanzen sichern! Das klingt so einfach. Dies einzuhalten macht in der Praxis aber immer wieder größte Probleme. Sparsam wirtschaften, radikale Einschnitte zu Lasten der Bürger aber nicht zulassen und das Notwendige erledigen – denn unterlassene Sanierungen sind auch Schulden, die wir unseren Kindern hinterlassen.

Eine sorgfältige Planung von Investitionen und aufwändigen Unterhaltungsmaßnahmen schon vor einem Baubeschluss des Gemeinderats ist dafür unerlässlich. Es darf nicht zur Regel werden, dass sich die Kosten für ein Projekt innerhalb der Ausführungsphase fast verdoppeln.

Beispiel Kinderkrippe Sonnenwinkel: Start mit einer Kostenschätzung von rd. 876.000 EUR im Juni 2011; über eine Kostenrechnung mit Kosten von rd. 980.000 EUR im März 2012 wurden die tatsächlichen Kosten über 1.425.000 EUR in 2013 auf das letztendliche Ergebnis von 1.567.580 EUR gesteigert.

Der berechtigte Hinweis, dass bauen im Bestand immer Risiken für Kostensteigerungen birgt, hätte schon bei den Kostenschätzungen beherzigt werden sollen. Nun kritisieren wir nicht, dass die dringend notwendigen Krippenplätze geschaffen wurden. Es geht uns vielmehr darum, von Anfang an sorgfältig mit den reellen Kosten zu planen und zu entscheiden. Denn wir werden auch in Zukunft nicht alles, was notwendig erscheint, realisieren

können. Fehleinschätzungen bei der Kostenermittlung schmälern die Möglichkeiten für künftige Investitionen und binden den Gemeinderat für künftige Entscheidungen. Das muss deshalb bei Planung und Entscheidung aller Projekte beherzigt werden, gleich, ob es um Lärmschutz, Schule, Straßen, Einrichtungen für Ältere, Hochwasserschutz oder andere notwendige oder wünschenswerte Maßnahmen geht. Letztendlich stehen sie doch alle in Konkurrenz zueinander, wenn die finanziellen Möglichkeiten begrenzt sind.

Schutz vor Verkehrslärm, wer würde diese Forderung nicht unterschreiben. Verkehrslärmschutz ist an allen Hauptverkehrsachsen wichtig - natürlich auch entlang der A 8. Und gerade hier scheiden sich die Geister. Darum war es nicht nur rechtlich notwendig sondern auch in der Sache richtig, eine Überarbeitung des Lärmaktionsplanes mit einem neuen Fachbüro und einer intensiven Bürgerbeteiligung den anstehenden Entscheidungen vorzuschalten. Wir kommen so einer optimalen Lösung hoffentlich näher.

Eine der Bürgerinitiativen wirbt mit einer Petition für sofortige Maßnahmen an der A 8. Wir sind für angemessene Lärmschutzmaßnahmen, die geeignet sind die Menschen in Köngen vor übermäßigem Lärm zu schützen. Dennoch können wir diese Petition nicht unterzeichnen, weil sie Aussagen enthält, die sachlich nicht korrekt oder nicht belegt sind.

- So wird ein Anspruch auf einen aktiven Lärmschutz an der A 8 vom Verkehrsministerium B.-W. bisher bestritten. Es handelt sich nach deren Darstellung um eine Freiwilligkeitsleistung.
- Die bisherige Lärmaktionsplanung wird derzeit Fortgeschrieben und die bisher nicht ausreichende Bürgerbeteiligung soll im Rahmen der Fortschreibung nun erfolgen.
- Der durch die künftige ICE-Trasse zu erwartende Lärmeintrag wird in diesem Zusammenhang ebenfalls ermittelt und erstmals in Abhängigkeit zur A 8 beurteilt.
- In der Petition wird der Eindruck erweckt, dass mit einem Lärmschutzwall eine Lärminderung von 7dB(A) für das gesamte Gebiet Burg bzw. für 50% der Einwohner erzielt wird. Das ist so nicht korrekt.

Die Petition nimmt das Ergebnis einer offenen Bürgerbeteiligung vorweg und lässt keine sachgerechte Abwägung aller in der Gemeinde zu berücksichtigenden unterschiedlichen öffentlichen Belange zu. Dies können wir nicht unterzeichnen.

Auch ist die Behauptung der „Wallgegner“, im Lärmschutzwall würde „Giftmüll“ vergraben, völlig falsch. Leider kursiert diese unhaltbare Behauptung

noch immer in Köngen. Welcher Köngener Gemeinderat sollte einem solchen Vorhaben denn zustimmen wollen?

Übertreibungen können einem ernsthaften Anliegen und einem sachgerechten Entscheidungsprozess nur schaden. Alle in der Sache engagierten sollten sich daher darauf besinnen, auf derartige Übertreibungen zu verzichten.

Der Haushaltsentwurf stellt die notwendigen Mittel zur Verfügung, um die Sanierung von Gewerbebrachen und den Bau von seniorenrechtlichen Wohnungen in zentraler Lage anzugehen. Beide Projekte begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich.

Die Unterbringung von Flüchtlingen und ihre Aufnahme in unserer Gemeinschaft werden uns als wichtige humanitäre Aufgabe auch über 2015 hinaus bleiben. Wir haben schon früh dem Landkreis unsere Bereitschaft dazu signalisiert. Bisher ist die Unterbringung in Bestandsgebäuden gelungen. Was mir derzeit fehlt, ist eine längerfristige Lösung – auch für die Anschlussunterbringung, für die die Gemeinde verantwortlich ist. Die Notwendigkeit die alten Wohncontainer im Mühlehof durch einen Neubau zu ersetzen, bleibt. Es sollte doch möglich sein, den Landkreis ebenfalls davon zu überzeugen, dass damit eine gemeinsame Lösung gefunden wäre.

Bei den Ehrenamtlichen, die es möglich gemacht haben, dass es auch in Köngen einen Arbeitskreis Asyl gibt, der seine Arbeit für die Flüchtlinge bereits aufgenommen hat, möchten wir uns an dieser Stelle ausdrücklich bedanken.

Unser Dank gilt aber auch den vielen Ehrenamtlichen, die sich am Ort in Sport, Kultur, Bildung oder humanitären Aufgaben engagieren. Ihr Engagement für das Gemeinwesen prägt die Lebensqualität einer Gemeinde in besonderem Maße.

Sport und Kultur verbinden. Es wäre schön, wenn unsere Vereine dem Beispiel aus anderen Städten folgen und sich aktiv um die Aufnahme von Flüchtlingen in ihren Verein bemühen.

Dank an die Verwaltung für den vorgelegten Haushaltsplan-Entwurf.

Gerhard Gorzelli

(Fraktionsvorsitzender SPD/GRÜNE)